



Bundestags- brief

Nr.37 • Die Woche im Bundestag • 25.04.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die Reformen tragen Früchte – Deutsche Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs

Trotz der Belastungen durch die amerikanische Immobilienkrise befindet sich die deutsche Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs.

Das Frühjahrsgutachten der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, dass die wirtschaftliche Lage in unserem Land bisher günstig geblieben ist. Das unterscheidet die Situation von der in anderen europäischen Ländern.

Die Gründe hierfür liegen neben dem im internationalen Vergleich sehr robusten deutschen Bankensystem vor allem in den Reformen der vergangenen Jahre, durch die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich gesteigert werden konnte. Deshalb schauen die Experten auch mit Optimismus in die Zukunft:

Für 2008 gehen sie von einem fortgesetzten Wirtschaftswachstum sowie von einem Anspringen der Inlandsnachfrage aus.

Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter sinken und wir hoffen, im Herbst die Marke von 3 Millionen zu unterschreiten.

Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Reformanstrengungen der vergangenen Jahre haben sich gelohnt und tragen nun sichtbare Früchte.

Die Experten warnen aber davor, jetzt mit den Reformbemühungen nachzulassen. Insbesondere fordern sie die Politik auf, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Nachdrücklich warnen sie vor der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne.

Damit bestätigt das Frühjahrsgutachten die Politik der unionsgeführten Bundesregierung.

Der Dreiklang von Sanieren, Investieren, Reformieren hat unserem Land den kräftigsten Wirtschaftsaufschwung seit Jahren beschert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei ihrem verlässlichen Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Deutschland braucht die Generation 60 + Wer einen Konflikt der Generationen herbeiredet, handelt verantwortungslos

Seniorinnen und Senioren sind für unser Land eine Bereicherung. Die Diskussion um die Rentenerhöhung und den angeblichen Krieg der Generationen verengt den Blick. Wer einen Konflikt der Generationen herbeiredet, handelt verantwortungslos.

Die Konfliktlinie läuft nicht zwischen Älteren und Jüngeren, sondern zwischen Senioren, deren Lebensstandard sinkt, und älteren Mitbürgern, die ohne finanzielle Probleme leben können, sowie zwischen jüngeren Menschen, die finanzielle Sorgen haben, und denen, die komfortabel leben.

Unser Ziel ist es, dass die finanzielle Existenz jüngerer und älterer Menschen gesichert ist. Ältere Menschen verfügen über Erfahrungen und Stärken, die unsere Gesellschaft wirtschaftlich benötigt und sozial bereichert.

Es ist wichtig, dass sich ältere Menschen mit ihrer Erfahrung und ihren Werten stärker einbringen können und mehr beteiligt werden. Dazu zählt auch, dass ältere Menschen nicht zum alten Eisen gezählt werden, sondern Beschäftigungschancen erhalten, Angebote für ein lebenslanges Lernen ausgebaut werden und das Verständnis zwischen den Generationen gefördert wird.

Das von der Unionsfraktion unterstützte Programm Mehrgenerationenhäuser und die breit angelegte Initiative „Alter schafft Neues“ der Ministerin von der Leyen, die die Freiwilligendienste aller Generationen und die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren in den Kommunen stärkt, fördert gezielt das Miteinander der Generationen. Jenseits der Rentendiskussion geht es aber auch um die alltäglichen Bedürfnisse von Älteren. Jeder wünscht sich, so lange wie möglich in seiner häuslichen Umgebung leben und ohne große Unterstützung den Alltag meis-

tern zu können. Dazu ist es notwendig, dass Produkte seniorengerecht gestaltet werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Altersgrenzen überprüft werden und durch objektive Kriterien ersetzt werden. Wer körperlich und geistig die nötigen Voraussetzungen mitbringt und sich weiterbildet muss auch arbeiten (Ärzte, Statiker, Piloten u. a.) und sich z. B. als Schöffen ehrenamtlich engagieren dürfen. Die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen müssen verbessert werden: Förderung der Erwachsenenbildung, Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für die Vereinbarung von Bildungszeitkonten in Tarifverträgen, Entwicklung von Qualitätsstandards zur Steigerung der Effektivität und Transparenz von Bildungsmaßnahmen. Ältere Menschen müssen in ihrer Rolle als Verbraucher gestärkt werden, dazu gehört auch, dass bei Produktdesigns die Bedürfnisse von älteren Menschen berücksichtigt werden und der Austausch zwischen Senioren, Wirtschaft und Wissenschaft gefördert wird.

Wer jetzt nicht vorsorgt, darf später nicht über Fachkräftemangel klagen

Wer in den nächsten Jahren Fachkräfte benötigt, ist gut beraten, schon jetzt durch Ausbildung vorzusorgen. Günstiger als heute wird die Ausbildungsplatznachfrage für Unternehmen auf absehbare Zeit nicht mehr. Schon 2008 wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen deutlich geringer sein als 2007. Grund für den Rückgang ist die sinkende Schulabgängerzahl.

In Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland überstieg das Ausbildungsplatzangebot bereits 2007 die Nachfrage, teilweise sogar deutlich.

Seit 2005 blieben immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt. Zuletzt waren dies leider mehr als 18.000. Wegen der noch großen Zahl von Altbewerbern gibt es außerdem für Betriebe, die schwächeren Jugendlichen eine Chance geben, zurzeit noch staatliche Unterstützung. Bei einer Einstiegsqualifizierung, die sich insbesondere für eine Erprobung bewährt hat, werden die Personalkosten gefördert.

Wer dem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbietet, kann darüber hinaus sogar noch einen Ausbildungsbonus (bis zu 6.000 €) erhalten. Beide Regelungen sind befristet bis 2010. Wer also jetzt nicht vorsorgt und ausbildet, darf sich später über Fachkräftemangel nicht beklagen. Eine gute und fürsorgliche Ausbildung ist der beste Weg, qualifizierte und in den Betrieb integrierte Fachkräfte langfristig zu binden.

Verfolgte Christen aus dem Irak aufnehmen – für das Lebensrecht der Christen in ihrer Heimat eintreten:

In den letzten Jahren hat sich die Lage der im Land lebenden Christen dramatisch verschlechtert. Um Folter und Verfolgung zu entgehen, sind viele von ihnen geflohen. An eine Rückkehr ist nicht zu denken, weil im Land keine Perspektiven für diese Menschen bestehen.

Wir dürfen vor diesem Elend nicht die Augen verschließen, sondern sollten durch Aufnahme eines Teils der Flüchtlinge unseren Beitrag zur Abmilderung dieser humanitären Katastrophe leisten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und insbesondere unsere Menschenrechtspolitiker haben sich frühzeitig für eine Aufnahme von Flüchtlingen eingesetzt. Der nun gefasste Beschluss der Innenminister ist deshalb ein großer Erfolg unserer Bemühungen.

Wichtig ist aber, die Verfolgungen im Irak anzuprangern und auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen. Wir müssen alles daran setzen zu verhindern, dass dort, wo Christen seit Jahrhunderten zu Hause waren, bald Zonen geschaffen werden, in denen kein einziger Christ mehr lebt. Die Verfolgung von Menschen ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt das nicht hin, und tritt deshalb entschlossen für das Lebensrecht der Christen in ihrer Heimat ein.

Zu guter Letzt:

Amerikanische Unternehmen sehen Standort Deutschland an der Spitze Europas:

Der Standort Deutschland ist für US-Unternehmen so attraktiv wie lange nicht mehr. 48 Prozent der in der Bundesrepublik tätigen amerikanischen Firmen haben im Jahr 2007 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch für das laufende Jahr rechnen 81 Prozent mit einer anhaltenden positiven Entwicklung. Wenn es um zukünftige Investitionen in Europa geht, legen acht von zehn US-Unternehmen einen mittleren bis starken Schwerpunkt auf Deutschland. West-europäische Länder wie Großbritannien (62 Prozent), Spanien (53 Prozent) und Frankreich (44 Prozent) folgen mit klarem Abstand. Auch gegenüber den Niedriglohnstandorten in Mittel- und Osteuropa hat Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt.

(Quelle: Boston Consulting Group, AmCham Germany)